

Das Dilemma mit der Quote

von

Peter Wicke (Humboldt-Universität, Berlin)

Immer wieder einmal wird die Forderung laut, die Musikprogramme der öffentlich-rechtlichen wie privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten zu quotieren, um nach dem Vorbild anderer Länder den einheimischen KünstlerInnen und MusikurheberInnen einen Programmplatz gesetzlich zu garantieren. Erst kürzlich hat sich der Deutsche Rock- und Popmusikerverband mit dem Ruf nach einer 40-Prozent-Quote an die Öffentlichkeit gewandt, womit dem Vorbild Frankreichs gefolgt ist, das seine Repertoirequote im vergangenen Jahr gerade erst von 30 auf 40 Prozent hochgesetzt hat.

Nun ist gar nicht zu bestreiten, daß damit — auch wenn es etwa auffällig nach platten Protektionismus klingt — ein Problem angesprochen ist, das über das lobbyistische Interesse der betroffenen Berufsstände weit hinausreicht. Die Medien sind ein wichtiges, in den letzten Jahren immer wichtiger gewordenes, für Teile vor allem der Musikkultur sogar das tragende Element kultureller Infrastruktur. Was dieses Element wirklich trägt, ob und wie es mit den lokalen und regionalen infrastrukturellen Kernen verzahnt ist, hat weitreichende Folgen für das Funktionieren des Ganzen. Was keiner kennt, weil es auf die Ausstrahlungskraft der Medien verzichten muß, bietet kaum eine Chance für kostendeckende Aktivitäten. Was aber nicht selbsttragend funktioniert, muß entweder durch die öffentliche Hand mit Subventionen erhalten werden oder findet nicht statt. Kennt die Leute keiner mehr, die das lokale, regionale und nationale Veranstaltungsgeschehen bestreiten, weil sie in den Medien keinen Platz finden, dann entfallen mit den unwirtschaftlich werdenden Veranstaltungsorten und —institutionen Begegnungsstätten und Interaktionsräume mit sozialen Folgen, die keiner wollen kann. Insofern geht es bei den Forderungen nach Repertoirequoten eben nicht nur so simpel um ein bloßes Präsenzproblem, das allein die wirtschaftlichen Interessen derjenigen bedient, für die sich Medienpräsenz in Tantiemen rechnet.

Das Dilemma besteht nun freilich darin, daß die Quote für sich genommen solche Probleme nicht zu lösen vermag. Zwar bliebe bei einer vierzigprozentigen Repertoirequote ein nicht eben kleiner Teil des finanziellen Kuchens im Lande — von den Schwierigkeiten, das einheimische Repertoire bei der Vielzahl üblicherweise an einer Musikproduktion kreativ Beteiligter eindeutig zu definieren, einmal abgesehen. Aber das eigentliche infrastrukturelle Problem, das entsteht, fällt die Ausstrahlungskraft der Medien aus, wird damit nicht gelöst. Im Gegenteil, zum Quotenkünstler zu werden, der im einschaltarmen Nachtprogramm oder in einem lieblos zusammengestellten Programmsegment abgehakt wird, kann ausgesprochen kontraproduktiv sein. In Kanada, das sich seit Jahrzehnten gegen die wirtschaftliche und kulturelle Übermacht der USA mit Quotenregelungen zur Wehr setzt, hat genau das zu einer anhaltenden Kampagne der Musikergewerkschaft gegen die Repertoirequotenregelung geführt, weil sie das kreative Potential außer Landes treibt, nur um dem provinziellen Image und den unattraktiven Programmplätzen zu entgehen. Formal als US-Künstler ins Land zurückgekehrt oder mit einer Band umgeben, in der eine Überzahl nichtkanadischer Musiker verhindert, unter die Quote zu fallen, hebt die Erfolgchancen deutlich. Umgekehrt sei nicht verschwiegen, daß in Ländern wie Frankreich mit der Quotierung der Musikprogramme unstrittig positive Erfahrungen gemacht worden sind, wobei hier zusätzliche Abgabenregelungen dafür sorgen, daß das durch die Quote

generierte Einkommen nicht vollständig privatisiert wird, sondern über den Staat in den Erhalt der kulturellen Infrastruktur und in die Förderung des kreativen Potentials zurückfließt.

Der gegensätzliche Effekt der Repertoirequotenregelung hat ganz ohne Zweifel damit zu tun, daß diese, wenn überhaupt in einer wirtschaftlich, politisch und kulturell zusammenwachsenden Welt, dann nur als Bestandteil einer Gesamtstrategie Sinn macht, die ungeachtet der Grenzen von Verwaltungsgliederungen und Subsidiaritätsprinzip nach dem komplexen Zusammenwirken der einzelnen Bestandteile kultureller Infrastruktur fragt und kulturpolitisch darauf Einfluß nehmen kann. Das ist kein Argument gegen den Kulturförderalismus, auch wenn es einer zentralen Kulturverwaltung leichter fallen mag, solche Gesamtstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Wohl aber ist es ein Argument dafür, nach der Reichweite kulturpolitischer Konzepte und nach ihrer Tragfähigkeit in einer kulturellen Landschaft zu fragen, die so maßgeblich von Medien und der hier erzeugten Öffentlichkeit geprägt ist. Die Diskussion um die Quote greift nicht nur zu kurz, sondern läuft sogar Gefahr, einen kontraproduktiven Mechanismus auszulösen, wird sie nicht zur Diskussion um die kulturpolitische Verantwortung gegenüber medial und kommerziell organisierten Kulturformen. Die freilich ist dringend geboten.
